



**Große Resonanz auf Veranstaltungsreihe "Zukunft gestalten - Rotary im Gespräch":** Dr. Wolfgang Huber referierte in Bronnbach

## Aktiver Staat braucht aktive Gesellschaft



Bronnbach. Ob Erziehung, Jugendkriminalität, das Verhältnis zum Islam, die Klimaschutzdebatte oder die Nokia-Abwanderungsankündigung aus Bochum: Kaum ein öffentlich diskutiertes Thema ließ Dr. Wolfgang Huber, Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und Bischof von Berlin und Brandenburg, bei seinem vom Rotary-Club Wertheim veranstalteten Vortrag "Die Bedeutung christlicher Werte für die Zukunft" aus. Da der Bernhardsaal von Kloster Bronnbach am

Mittwochabend die große Anzahl der Interessierten nicht fassen konnte, verweilten etliche Gäste bei der Übertragung im Foyer.

Die Quintessenz dürfte allen Zuhörern nach den gut einstündigen Ausführungen Hubers deutlich geworden sein: Dass christliche Werte nicht nur Bestand für die Zukunft haben, sondern dass sie im ständigen Dialog mit anderen, in der Auseinandersetzung mit anstehenden gesellschaftlichen Fragen immer wieder neu in den Blick genommen werden müssen.

"Die christliche Kirche ist keine Bundesagentur der Werte", schränkte er ein und betonte, dass sich die Evangelische Kirche als lernendes System begreife. Grundfeste aber sei, dass Gott in Jesus sein menschliches Antlitz zeige und Hoffnung, Liebe und Glaube gelebt werden.

Bereits zu Beginn war der Bischof von Rotary-Präsident Friedrich Löffler als Protagonist vorgestellt worden, der sich zu aktuellen Themen äußere. Und so begann der EKD-Ratsvorsitzende den Ruf nach "Warnschussarrest" und eines schärferen Jugendstrafrechts unter die Lupe zu nehmen. Er unterstrich, dass diese Forderungen zu kurz griffen, weil viel früher, nämlich bei der Erziehung, angesetzt werden müsse.

"Die Eltern haben die Verantwortung für ihre Kinder, die sie an niemanden anderen delegieren können, egal ob sie arbeiten oder nicht", so Huber. Ihn ärgere es, wenn die Familie als Auslaufmodell bezeichnet würde, denn er sei der Ansicht, dass das Erziehungsthema, bei dem mehr Fairness gegenüber Frauen walten müsse, ins Zentrum der Wertedebatte zu rücken sei. Kinder seien ein Geschenk durch sich selber und müssten mehr sein als Objekte der Betreuung und Begabungsressourcen für die Wirtschaft.

Huber plädierte "in Zeiten der Globalisierung den Sinn für Proportionen zu behalten", was auch bedeute, Grenzen zu erkennen. Es gelte, Respekt vor der Religionsfreiheit anderer zu haben, was aber auch bedeute, dass alle miteinander, egal welcher Religion sie angehörten, in der Verantwortung für die Religionsfreiheit stehen.

Er erläuterte, dass das Christentum da gefährdet sei, wo es herkomme: im Heiligen Land und in der Türkei. Palästinensische Christen verließen das Land, in der Türkei sei die Anzahl der Christen unter ein Prozent gesunken, wobei den Kirchen nicht das Recht zugestanden werde, sich als Rechtskörperschaften zu organisieren.

"Die Debatte um den Islam wäre in Deutschland leichter, wenn die Existenz christlicher Gemeinden als Selbstverständlichkeit akzeptiert würde", so der Bischof. Dennoch meinte er, dass "wir unser Verständnis von Freiheit nicht davon abhängig machen sollten."

Neben der Verantwortung für die Religionsfreiheit stellte er aber auch die Akzeptanz anderer Grundwerte der Verfassung, worin er auch die Möglichkeit einschloss, dass sich Menschen vom Islam abwenden können. Und er stellte fest: "Keine Religion kann Gewalt rechtfertigen."

Weiteres Thema war die Klimadebatte, bei der immer wieder von ökologischer Nachhaltigkeit gesprochen werde. Huber forderte daneben eine soziale und kulturelle Nachhaltigkeit, denn es stelle sich die Frage, inwieweit es gelinge, ein gemeinsames Bild von der Zukunft zu entwerfen.

In diesen Zusammenhang, nämlich dem des Miteinanderlebens nach verabredeten Regeln, stellte er auch die Frage nach der Aufhebung der Sonntagsruhe durch ökonomische Interessen. Mit zusätzlichen Sonntagsöffnungszeiten würde das Verfassungsgebot ausgehebelt, das eng mit dem dritten Gebot - du sollst den Feiertag heiligen - verklammert sei. Er verwies auf die Inanspruchnahme der Menschen während der Woche, weshalb die kollektive Arbeitsunterbrechung des Volkes Israel auch heute wichtig für die Gemeinschaft und die Familie sei. Menschen dürften nicht nur als Konsumenten in Anspruch genommen werden. Huber: "Die Wirtschaft ist nur human, in dem sie auf gemeinsam verabredete Grenzen stößt."

Mit Blick auf die soziale Gerechtigkeit und die angekündigte Nokia-Abwanderung aus Bochum gen Rumänien sprach der EKD-Ratsvorsitzende von einer Vertrauenserosion, die über den einzelnen Vorgang hinausgehe. Doch er mahnte, dass unzulässige Verallgemeinerungen zu unterbleiben hätten, weil es bei Unternehmen und Unternehmern mehr verantwortungsvolles als verantwortungsloses Verhalten gäbe. Er plädierte allerdings für mehr Transparenz und für einen fairen Wettbewerb im wirtschaftlichen Geschehen. Zudem forderte er, dass der Reichtum herangezogen und in einem angemessenen Anteil eingesetzt werden müsse, um dem Maßstab der Gerechtigkeit zu genügen. Die Frage sei allerdings auch selbstkritisch anzugehen, so Huber.

Abschließend beleuchtete er die Frage der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft, die er gleichsam mit der Beteiligung von Menschen am gesellschaftlichen Leben verknüpfte. So müssten Jugendliche am Leben beteiligt werden, um ihnen eine Zukunft zu eröffnen. Huber sprach sich aber auch eindeutig für Grenzen aus. Zunächst müsse jeder schauen, was er selbst in einer Situation tun kann. Erst dann, wenn diese für ihn nicht mehr tragbar sei, dürfe er die Hilfe der Gesellschaft wahrnehmen.

"Wir brauchen eine aktive Zivilgesellschaft, damit wir einen aktiven Staat haben", appellierte er und sprach von Solidarität, wenn die Verantwortung nicht nur Eigenverantwortung, sondern auch die für andere bedeute. hvb

Fränkische Nachrichten  
25. Januar 2008

---

**Adresse der Seite:**

[http://www.fnweb.de/regionales/we/wertheim/20080125\\_srv0000002065831.html](http://www.fnweb.de/regionales/we/wertheim/20080125_srv0000002065831.html)